# News Archiv 2017

2017-11-23 20:06

## Demo gegen „Strafsteuer für Familien“

Rund 1.000 Personen sind Donnerstagnachmittag laut Polizei dem Aufruf mehrerer Gewerkschaften in Linz gefolgt und haben gegen die geplante Wiedereinführung von Gebühren für den Nachmittagskindergarten protestiert.

Auch die Grünen unterstützten die Kundgebung. Adressat des Protests ist die ÖVP-FPÖ-Regierung in Oberösterreich, die aus Spargründen diese laut Demonstranten „Strafsteuer für Familien“ beabsichtige.

## Angst um „bis zu 100 Arbeitsplätze“

Ab Februar, so das Vorhaben der schwarz-blauen Regierungskoalition, wird die Nachmittagsbetreuung wohl wieder kostenpflichtig werden. Die Beiträge sollen sozial gestaffelt werden - voraussichtlich zwischen 49 bis 150 Euro im Monat. Vor allem „Niedrigverdienerinnen und Alleinerzieherinnen würden sich in Zukunft gut überlegen, ob sie die Nachmittagsbetreuung überhaupt noch in Anspruch nehmen“, kritisierte Karin Decker, Personalvertreterin im Kinder- und Jugendservice der Stadt Linz und Mitinitiatorin der Kundgebung. Sie befürchtet, dass allein in Linz „bis zu 100 Arbeitsplätze vernichtet werden“.

## „Es braucht funktionierende Nachmittagsbetreuung“

In einem Brief an Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) hatte eine Mutter vergangene Woche bereits angekündigt, sie werde ihre kleine Tochter ab Februar dem Landesvater persönlich zur Betreuung vorbei bringen. Denn sie glaubt, dass mit der Kostenpflicht Eltern ihre Kinder vom Nachmittagskindergarten abmelden und es in ihrem Ort künftig keine Betreuung mehr geben werde.

Jener Brief führte Christiane Seufferlein auch auf das Rednerpult nach Linz. Einmal mehr appellierte sie an das Land, die Gebühren nicht einzuführen, da sie sonst ihrem Beruf nicht mehr nachgehen könne: „Ja, ich arbeite viel und ich arbeite richtig, richtig gerne, damit unsere Familie funktioniert.“ Aber dazu brauche sie eben auch eine funktionierende Nachmittagsbetreuung. Der Hinweis der zuständigen Landesrätin Christine Haberlander (ÖVP) auf Tagesmütter sorge bei ihr nur für Unverständnis. Denn für den gesamten Bezirk Rohrbach, indem sie wohnt, gebe es nur zwölf solcher Tagesmütter.

## „Gegen Sozialabbau und Bildungsklau“

Die Gewerkschaften younion, vida und GPA-djp OÖ hatten nach Bekanntwerden der Gebühreneinführung die Kundgebung organisiert. So kamen am Donnerstagnachmittag Mütter, Väter, Großeltern, Kinder und Enkelkinder vor das Linzer Landhaus um gegen „Sozialabbau und Bildungsklau“ zu protestieren. Laut

Schätzungen der Polizei waren es rund 1.000 Personen, die Gewerkschaften sprachen von 1.500 DemonstrationsteilnehmerInnen. Auch die grüne Landesspitze nahm an der Kundgebung teil.

## Haberlander bot Termin mit GewerkschafterInnen an

Auf Einladung der VeranstalterInnen richtete auch Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer (SPÖ) Worte an die DemonstrationsteilnehmerInnen. Sie sprach von einem „frauenpolitischen und bildungspolitischen Tiefschlag“ und fragte sich, warum die zuständige Landesrätin Haberlander sich dagegen nicht wehrt. Einen kleinen Erfolg hatte Decker dann doch zu verkünden: Haberlander habe noch für den Abend einen Termin mit den GewerkschafterInnen angeboten.

Der Geschäftsführer der GPA-djp Oberösterreich, Andreas Stangl, bezeichnete die Demo als „Aufwärmübung“ für die Großdemo am 5. Dezember um 7.30 Uhr vor dem Landhaus gegen das schwarz-blaue Sparbudget und für die Übernahme des Gehaltsabschlusses von 2,33 Prozent für öffentlich Bedienstete wie beim Bund.

Read more … Demo gegen „Strafsteuer für Familien“

2017-11-23 17:37

# Kindergarten: Sozialpartner wollen Bundeskompetenz

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sprechen sich für die Verankerung der Kompetenzen für das Kindergarten- und Hortwesen im Bildungsministerium aus. Außerdem verlangen sie die Einführung eines durchgängigen Sprachbildungskonzepts vom Kindergarten bis zum Ende der Schulzeit sowie für fremdsprachige Kinder Angebote zur Förderung von deren Erstsprache.

Anlass für den gemeinsamen Forderungskatalog von Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖGB, Caritas, Rotem Kreuz sowie Arbeiter-Samariter-Bund war eine Konferenz zu Migration und Mehrsprachigkeit an den Schulen. Dieser reicht vom Kindergarten bis zum Ende der Schulzeit.

## Kleinere Gruppen, gebührenfreier Kindergartenzugang

Im Kindergartenbereich werden etwa eine Reduktion der Gruppengrößen sowie die mittelfristige Ausweitung des gebührenfreien Zugangs in allen Bundesländern gefordert. An den Schulen solle einerseits der Erwerb von Deutsch als Bildungssprache sichergestellt und andererseits Mehrsprachigkeit gefördert werden.

Der Einsatz von Sprachfördermaßnahmen soll laut Konzept schulautonom am Standort entschieden werden. Je nach Bedarf und Struktur der Lerngruppe sollen Fördermaßnahmen integrativ im Unterricht

oder auch zusätzlich außerhalb des Regelunterrichts erfolgen. Gleichzeitig soll der muttersprachliche Unterricht gefördert und weiterentwickelt werden, um das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache zu erleichtern.

### Fremdsprachen in Lehramtsausbildung verankern

Die in Österreich gängigen Migrantensprachen müssten außerdem als zweite lebende Fremdsprachenangebote und in der Lehramtsausbildung verankert werden. „Interkulturelle und soziokulturelle Kompetenz“ wiederum müsse als „Schlüsselkompetenz“ im Anforderungsprofil für Leitungsaufgaben festgeschrieben werden.

Weitere Forderungen: In der Lehrerausbildung sollen „Diversitätskompetenzen“ verpflichtender Kernbereich werden, auch im Rahmen der verpflichtenden Fort- und Weiterbildung seien Angebote zum Themenkomplex Sprachentwicklung/Sprachförderung/Sprachstandsbeobachtung vorzusehen.

Deutsch als Zeitsprache soll Pflichtfach im pädagogischen Hochschulstudium werden. „Besondere Bedeutung“ wird dem Ausbau der Ganztagsbetreuung bzw. der Ganztagsschule zugemessen. Auch eine „gemeinsame Schule von Schulstufe 1-9 mit einer Trennung hinsichtlich vermuteter Leistungsfähigkeit erst nach Pflichtschulabschluss sollte verfolgt werden“.

Read more … Kindergarten: Sozialpartner wollen Bundeskompetenz

2017-11-20 13:51

## Häupl strikt gegen Entscheidung vor Parteitag

Der Wiener Bürgermeister und SPÖ-Landeschef Michael Häupl will, dass seine Nachfolge keinesfalls vor dem Parteitag am 27. Jänner geklärt wird. Die Delegierten sollten den Vorsitzenden wählen können, so Häupl.

Er sehe „da gar nichts Ungewöhnliches“, versicherte Häupl am Rande des Budgetgemeinderats am Montag. „Der größte Parteivorsitzende, den die SPÖ jemals hatte, ist aus einer Kampfabstimmung beim Bundesparteitag hervorgegangen, nämlich Bruno Kreisky“, meinte er. Es sei sinnvoll, dass die Delegierten wählen könnten, wer Parteivorsitzender wird. Die Argumentation, dass dies vorher ausgeredet hätte werden sollen, halte er für „völlig antiquiert“ - „und mit meinem Demokratieverständnis mit Sicherheit nicht kompatibel“.

### Häupls Kür im Vorstand entschieden

Häupls eigene Kür war 1993 noch vor dem Parteitag im Vorstand entschieden worden. Damals hatten sich allerdings drei Kandidaten beworben - neben Häupl auch der damalige Stadtrat Johann Hatzl und Innenminister Franz Löschnak. Der Wiener Bürgermeister wollte am Montag nicht ausschließen, dass es

auch dieses Mal mehr als zwei Bewerber werden. Er verwies darauf, dass es theoretisch bis zum Parteitag möglich ist, zu kandidieren.

Einen Richtungsstreit in der Partei bzw. zwischen den Kandidaten tat Häupl als Gerücht ab. Er erinnerte erneut daran, dass die Bezirksorganisation von Floridsdorf, dessen Vorsitzender Michael Ludwig ist, beim heurigen Parteitag einen Antrag eingebracht habe, der sich gegen eine Koalition mit der FPÖ ausspreche. So gesehen sei ein Richtungsstreit „ziemlich weit weg von der Realität".

## Weiter keine Angabe zu Präferenz

Natürlich seien die Kandidaten verschiedene Typen: „Der eine ist mehr ruhiger, der andere ist mehr lauter, der eine ist mehr introvertiert, der andere ist mehr extrovertiert. Das ist ja auch gut so. Alle Menschen sind verschieden, da kann man sich dann entscheiden." Er halte es jedenfalls für richtig, dass man jetzt Diskussionen führe und den Parteitag entscheiden lasse. Aber danach müsse man sich darauf verständigen: „Wer die Abstimmung gewinnt, hat die Unterstützung von allen."

Häupl selbst wollte jedenfalls keine Präferenzen für einen der beiden Interessenten verraten. Da hätte er gleich den „Erbhofbauer" spielen können und das Amt übergeben, meinte er. Auch das entspreche nicht seinem Demokratieverständnis - und nicht jenem einer urbanen Partei des 21. Jahrhunderts.

## 981 SPÖ-Delegierte entscheiden

Der Wiener SPÖ-Sonderparteitag zur Wahl eines Nachfolgers für Häupl als Landesparteichef findet am 27. Jänner statt. 981 SPÖ-Delegierte sind dabei stimmberechtigt. Große Relevanz kommt dabei den Bezirksorganisationen zu. Die Nachfolge für den Bürgermeisterposten wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden - gewählt wird der Bürgermeister vom Gemeinderat.

Read more … Häupl strikt gegen Entscheidung vor Parteitag

2017-11-17 12:39

# Nicht alle Länder wollen Beamten-Abschluss übernehmen

Nicht nur Oberösterreich wird den Beamten-Gehaltsabschluss des Bundes mit 2,33 Prozent nicht zur Gänze übernehmen. Auch die Steiermark will für ihre Landesbediensteten einen niedrigeren Abschluss. Von Protesten der Gewerkschaft und einer Demonstration wie in Oberösterreich ist in der Steiermark aber noch keine Rede. Einige andere Länder wollen Verhandlungen noch nicht vorgreifen.

Landesrat Christopher Drexler (ÖVP) sagte aber, dass er sich „angesichts der Budgetsituation in der Steiermark nicht vorstellen" könne, den Gehaltsabschluss des Bundes zu übernehmen. Günther Lippitsch von der Landespersonalvertretung dagegen empfindet die Übernahme der 2,33 Prozent wegen der „gerade

in der Steiermark tiefgreifenden Reformen und Personalreduktionen der vergangenen Jahre mehr als gerechtfertigt“. Näheres werde sich dann bei den Verhandlungen zeigen, die noch nicht begonnen haben.

## Kärntner Beamte bekommen mehr

Mehr als die 2,33 Prozent der Bundesbeamten bekommen nächstes Jahr die Kärntner Landesbediensteten - nämlich 3,13 Prozent. Zum Ausgleich früherer Nulllohnrunden im Zuge der Heta-Abwicklung wurden Aufschläge auf die Bundesabschlüsse vereinbart.

Noch bedeckt gibt man sich in Vorarlberg. Aus dem Büro von Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) heißt es, dass die Verhandlungen zum Gehaltsabschluss noch im Gange sind und dass man sich momentan dazu nicht äußert. Man wolle dem Ergebnis nicht vorgreifen.

Auch in Wien finden die „entscheidenden Gespräche“ noch statt, heißt es im Rathaus. Man sei aber zuversichtlich, dass der Bundesabschluss so wie in der Vergangenheit übernommen werde.

## Die meisten wollen Bundesabschluss übernehmen

In den anderen Bundesländern wird den Landesbediensteten der Bundesabschluss von 2,33 Prozent bereits zugesichert. In Salzburg sei es geübte Praxis, das Ergebnis des Bundes für die Bediensteten des Landes zu übernehmen. Daran solle sich grundsätzlich auch nichts ändern, hieß es aus dem Büro des Salzburger Personallandesrates Josef Schwaiger (ÖVP).

Das Land Tirol wird die von Regierung und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Donnerstagabend ausgehandelte Gehaltserhöhung in Höhe von 2,33 Prozent „in voller Höhe mit 1. Jänner 2018“ auch für die Landesbediensteten übernehmen. Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) bezeichnete die Erhöhung als „gerechtfertigt“. Diese hätten sich auch die Landesbediensteten „verdient“, so Platter.

Im Burgenland sei es gute Tradition, den Gehaltsabschluss der Beamten auf Bundesebene zu übernehmen, hieß es aus dem Büro von Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) auf APA-Anfrage. Es handle sich um einen „guten Abschluss, natürlich werden wir das übernehmen“, so Niessls Sprecher Herbert Oschep.

Auch das Land Niederösterreich übernimmt die zwischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Bundesregierung ausverhandelte Gehaltserhöhung für ihre Landesbediensteten in der gleichen Höhe.

Von der gestern erzielten Vereinbarung für eine Gehaltserhöhung um 2,33 Prozent profitieren rund 206.000 öffentlich Bedienstete direkt - Bundesbedienstete inklusive ausgegliederte Betriebe und Landeslehrer. Weitere knapp 260.000 Mitarbeiter der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände profitieren indirekt, weil der Abschluss für sie in der Regel nachvollzogen wird.

Read more … Nicht alle Länder wollen Beamten-Abschluss übernehmen

2017-11-16 18:31

# Besoldungsverhandlungen: Einigung auf 2,33 Prozent Gehaltserhöhung

Die öffentlich Bediensteten bekommen ab 1. Jänner eine Gehaltserhöhung um 2,33 Prozent.

Darauf haben sich die Bundesregierung, die younion _ Die Daseinsgewerkschaft und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) heute Abend in der vierten Verhandlungsrunde geeinigt.

Die Kosten für das Budget beziffert Staatssekretärin Muna Duzdar (SPÖ) mit 308 Millionen Euro.

Sowohl Duzdar als auch die Gewerkschaften zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden. Damit werde die Kaufkraft der MitarbeiterInnen dauerhaft erhöht. Es werde nicht nur die Inflation abgegolten, die MitarbeiterInnen bekommen auch knapp 0,5 Prozent vom Wirtschaftswachstum. Den Abschluss sei man den MitarbeiterInnen „schuldig gewesen“. Es sei wichtig, dass das Wirtschaftswachstum bei allen ankomme.

Read more … Besoldungsverhandlungen: Einigung auf 2,33 Prozent Gehaltserhöhung

2017-11-15 14:36

# younion zu Gehaltsverhandlungen 2018: „Ergebnis muss für alle Länder und Gemeinden gelten!“

## Volle Unterstützung für Protestmaßnahmen in Oberösterreich

„In der morgigen Verhandlungsrunde über die Anpassung der Löhne und Gehälter 2018 erwarten wir uns ein faires Angebot der Regierung und substantielle Fortschritte“, erklärte heute, Mittwoch, der Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass das Ergebnis der Verhandlungen wie in den vergangenen Jahren von allen Ländern und Gemeinden übernommen wird. Für gegenteilige Versuche haben wir keinerlei Verständnis und werden sie als Gewerkschaft nicht hinnehmen“, stellte Meidlinger klar. younion _ Die Daseinsgewerkschaft stellt sich in dieser Frage auch klar hinter die Bediensteten der öffentlichen Einrichtungen in Oberösterreich, die Protestmaßnahmen gegen drohende Reallohnverluste angekündigt haben. „Die ArbeitnehmerInnen haben angesichts der Inflation und des Wirtschaftswachstums ein Recht auf eine faire Anpassung ihrer Löhne und Gehälter. Wenn die Vorgangsweise in Oberösterreich die angekündigte ‚neue Fairness‘ sein soll, dann gute Nacht, Österreich!“

## Inflation außer Streit

Bereits in den ersten beiden Verhandlungsrunden war die Inflation mit 1,87 Prozent außer Streit gestellt worden. Das Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent wurde ebenfalls von beiden Verhandlungsseiten zur Kenntnis genommen. Die Verhandlungen stehen unter der Leitung von Staatssekretärin Mag.a Muna Duzdar und Bundesminister Dr. Hans Jörg Schelling, sowie dem Verhandlungsteam der Gewerkschaften unter Führung von Ing. Christian Meidlinger und Dr. Norbert Schnedl (GÖD).

Read more … younion zu Gehaltsverhandlungen 2018: „Ergebnis muss für alle Länder und Gemeinden gelten!“

2017-11-15 14:23

## Schieder kandidiert für Häupl-Nachfolge

Der geschäftsführende Klubchef der SPÖ im Parlament, Andreas Schieder, hat bekanntgegeben, als Nachfolger für den Wiener Bürgermeister Michael Häupl zu kandidieren. Das gab Schieder am Mittwoch bekannt. Er wird aller Voraussicht nach gegen den derzeitigen Wohnbaustadtrat Michael Ludwig antreten.

Die Anzeichen aus der Wiener SPÖ für eine Schieder-Kandidatur verdichteten sich zuletzt stark. Seine Kandidatur dürfte auch in der SPÖ-Klausur diese Woche besprochen worden sein. SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern hatte zuletzt informelle Gespräche bestätigt.

Abgestimmt wird über die Nachfolge von Häupl an einem Landesparteitag am 27. Jänner. Der Wiener Bürgermeister wird dabei zunächst sein Amt als Parteivorsitzender übergeben. Mit dem neuen Landesparteichef werde er „im ersten Halbjahr 2018 die Übergabe als Bürgermeister“ vereinbaren, kündigte Häupl an.

Read more … Schieder kandidiert für Häupl-Nachfolge

2017-11-15 06:53

## Kern dementiert SPÖ-Richtungsstreit

### Abschluss der Parteiklausur

Der scheidende SPÖ-Kanzler Christian Kern hat am Dienstag die Ergebnisse der Parteiklausur vorgestellt.

Entgegen aller Kritik im Vorfeld sei die Oppositionsrolle klar, man wolle eine Kontrollfunktion für die Regierung einnehmen. Einen innerparteilichen Richtungsstreit gebe es nicht. Konkrete Ankündigungen blieben allerdings aus, Kern berief sich auf den „Plan A“.

Der scheidende Bundeskanzler will Grüne- und Liste-Pilz-Wählern ein Angebot machen und ehemalige SPÖ-Wähler zurückgewinnen - so wolle man die Partei der „progressiven Mitte“ sein und 95 Prozent der Wähler ansprechen. Bei der nächsten Nationalratswahl soll die SPÖ wieder Nummer eins sein, so Kern.

## Kein „Holzweg“ zwischen Stadt und Land

Man wolle Wähler in den Städten und auf dem Land gleichermaßen ansprechen - wenn nicht, dann würde man bloß an den vier Prozent der Grünen kratzen, und so lasse sich keine Mehrheit bilden. Man sehe sich hier jedenfalls nicht auf dem Holzweg, sagte Kern. „Frau und Mann, Jung und Alt, Arbeiter und Angestellte“ sollen sich gleichermaßen von SPÖ-Themen angesprochen fühlen, so Kern weiter.

Meinungsäußerungen im Vorfeld - allen voran von Noch-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, der bald als Landesrat und wahrscheinlicher Nachfolger von SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl ins Burgenland zurückkehrt - ließen jedoch Zweifel an innerparteilicher Einigkeit durchaus zu. Doskozil warnte davor, zu den „Ersatzgrünen“ zu verkommen.

## „Plan A“ als Grundlage für bessere Gesellschaft

Bereits im Vorfeld kündigte Kern an, sich nicht zu viel vom Abschluss der Klausur zu erwarten. Inhaltlich ließ er auch wenig durchblicken - wichtige Themen seien jedenfalls die nötigen Umbrüche in der Gesellschaft sowie Digitalisierung und Globalisierung ernst zu nehmen. Auch Umwelt- und Klimaschutz seien Gegenstand der inhaltlichen Diskussion. Allgemein gesehen wolle man dafür sorgen, dass es der Gesellschaft besser geht.

Weiterentwicklungen der Partei müssten vorgenommen werden, als Grundlage wolle die SPÖ am „Plan A“ festhalten, das sei im Konkreten auch das Ergebnis der Klausur. Im Oktober 2018 soll der Parteiprogrammprozess abgeschlossen sein, anschließend werde ein Reformparteitag abgehalten, so Kern. Großes Vorbild dabei: „1978, Bruno Kreisky“, so Kern. Kreiskys Programm „Leistung. Aufstieg. Sicherheit“ sei immerhin eine wichtige Inspirationsquelle für den „Plan A“.

## Parteiorganisation „weiter öffnen“

In Sachen Parteiorganisation soll sich die SPÖ „weiter öffnen“ - der Prozess soll ebenso bis Oktober 2018 abgeschlossen sein. Auf Nachfrage zu personellen Entscheidungen sagte Kern: „Sobald es die Bundesregierung gibt, werden wir uns entscheiden, wie wir die Bundesgeschäftsstelle personell ausstatten.“ Offen ist also noch, wer künftig Bundesgeschäftsführer sein wird - im Gespräch sind dem Vernehmen nach etwa Kanzleramtsminister Thomas Drozda und Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner.

Man habe aber keinen Druck, weil Christoph Matznetter und Andrea Brunner die Aufgabe in der Zwischenzeit „zu unserer vollsten Zufriedenheit“ erfüllten, versicherte der Parteichef. Auf die Frage, ob sich Kern am Parteitag 2018 der Wiederwahl als Parteichef stellen wird, meinte der scheidende Bundeskanzler: „Ich stehe leibhaftig vor Ihnen, bestens gelaunt“ - und das werde auch so bleiben, so Kern.

## Häupl-Nachfolge noch unklar

Ebenso offen ist, wer Michael Häupl als Wiener SPÖ-Chef und potenzieller Bürgermeister nachfolgen soll. Informelle Gespräche habe es aber „selbstverständlich“ schon gegeben, bestätigte Kern. Mehr verriet

er nicht: „Das Wesen des informellen Gesprächs ist, dass es am besten im Diskreten aufgehoben ist.“ In Wien dürfte die Entscheidung, wer Häupl folgt, übrigens spätestens bis zum 24. November fallen. An diesem Tag finden die nächsten Wiener Gremiensitzungen statt. Derzeit wird kolportiert, dass neben dem Fixstarter Wohnbaustadtrat Michael Ludwig auch der geschäftsführende Parlamentsklubchef Andreas Schieder ins Rennen gehen könnte.

## „20 Millionen Euro Schulden stimmen nicht“

Den Schuldenstand der SPÖ nannte Kern nicht. Aber: „Die zuletzt genannten 20 Millionen Euro stimmen nicht.“ Man halte am Ziel fest, 2022 schuldenfrei zu sein. Rückführungspläne der Kredite könnten gut eingehalten werden, auch bei den Wahlkampfkosten seien die sieben Millionen Euro eingehalten worden. Große SPÖ-Institutionen müssten jedenfalls besser zusammenwirken, so Kern. Wer eine Oppositionspartei ist, der habe eben weniger Ressourcen zur Verfügung.

Bei der Klausur wurde diskutiert, wie die Parteiakademie Renner-Institut, der Parlamentsklub und die Parteizentrale künftig zusammenarbeiten. Kern übernahm jedenfalls die Leitung des Renner-Instituts von Ex-SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer. Mit dessen Geschäften habe das aber nichts zu tun, versicherte Kern.

## Kickl: „Sozial ist nicht gleich sozialistisch“

Die Freiheitlichen übten bereits im Vorfeld der Präsidiumsklausur Kritik an der SPÖ. Der von Kern angepeilte Oppositionskurs basiere auf einer Fehlinterpretation des Begriffs „sozial“, so FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl am Montag in einer Aussendung, denn: „Sozial ist nicht gleich sozialistisch.“

Das beste Beispiel für eine solche „Fehlinterpretation“ sind für Kickl die Zustände im rot-grün regierten Wien. Als Beleg dafür nannte der Freiheitliche explodierende Schulden, steigende Gebühren und die Zuwanderungspolitik zulasten des Sozialsystems. „Auf diesen rot-grünen Kurs, der das Gegenteil von sozial ist, schwört Kern die SPÖ nun ein“, so der FPÖ-Generalsekretär. Der Geist des „großen sozialdemokratischen Vordenkers“ Kreisky habe Kern nicht erfasst, kritisierte Kickl.

Read more … Kern dementiert SPÖ-Richtungsstreit

2017-11-12 15:21

# Kaske warnt vor Aus der Kammer-Pflichtmitgliedschaften

Der Präsident der Arbeiterkammer (AK), Rudolf Kaske, hat heute in der ORF-„Pressestunde“ erneut vor einer Abschaffung der Kammer-Pflichtmitgliedschaften gewarnt. Werde die Pflichtmitgliedschaft abgeschafft, müssten die Leistungen der Kammern reduziert werden. Selbiges gelte für eine allfällige Halbierung der Kammerumlage, warnte der Präsident.

Eine allfällige neue schwarz-blaue Bundesregierung werde die AK danach beurteilten, „was sie für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Landes macht“, sagte Kaske. Erst wenn die Konzepte auf dem Tisch lägen, werde die Kammer schauen, ob es positive Maßnahmen sind, oder solche, „wo wir in Aktion treten müssen“.

## „Sehr unterschiedliche Töne“

Angesprochen auf die Pflichtmitgliedschaften sagte Kaske, es habe von FPÖ und ÖVP sehr unterschiedliche Töne in dieser Sache gegeben. Die FPÖ habe sich klar positioniert und die Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft in den Kammern gefordert. Die ÖVP hingegen habe sich zur Pflichtmitgliedschaft bekannt. „Ich gehe davon aus, dass das, was vor der Wahl gesagt wurde, auch danach gilt.“

Zur ebenfalls im Raum stehenden Idee der FPÖ, die Kammerumlage zu halbieren, zog Kaske einen Vergleich: Der durchschnittliche Beitrag betrage 6,91 Euro. „Ich glaube, das ist ein Beitrag, den sich unsere Mitglieder gerne leisten“, dazu habe es auch entsprechende Umfragen gegeben, so Kaske. Mit der Halbierung würde sich jedes Mitglied gerade einmal eine Melange ersparen.

## „Negative Auswirkungen auf Kollektivverträge“

Es gehe um die Leistung der Kammer, und diese müsse gewährleistet bleiben, sagte der Präsident. Er verwies auf rund zwei Millionen Beratungen, die die AK pro Jahr für ihre Mitglieder erbringe. Ein Aus für die Pflichtmitgliedschaft hätte auch negative Auswirkungen auf die Kollektivverträge, so Kaske.

Denn wenn die Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer wegfallen würde, dann wäre die 98-prozentige Durchdringung mit Kollektivverträgen in Gefahr. Man könne die Mitgliedschaften schon freiwillig machen, aber eben „nur zu schlechteren Bedingungen“. „Ich glaube, unser System ist das beste, das es in Europa gibt. Warum soll man das beste System aufs Spiel setzen?“

Nicht äußern wollte sich Kaske, der für das Frühjahr 2018 seinen Rückzug angekündigt hatte, zu seiner Nachfolge. Zwar habe er natürlich Vorstellungen, wer hier ein Kandidat sein könnte, die Entscheidung fälle er aber nicht alleine, sondern gemeinsam etwa mit dem ÖGB.

## Kritik von FPÖ und NEOS

FPÖ und NEOS kritisierten die Aussagen von Kaske scharf. Für die FPÖ habe Kaske in der ORF-„Pressestunde“ „die große Chance vertan, seine Institution einer selbstkritischen Reflexion zu unterziehen und überkommene Zustände zu hinterfragen“, so FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl in einer Aussendung. NEOS forderte einmal mehr ein Ende der Pflichtmitgliedschaft.

Read more … Kaske warnt vor Aus der Kammer-Pflichtmitgliedschaften

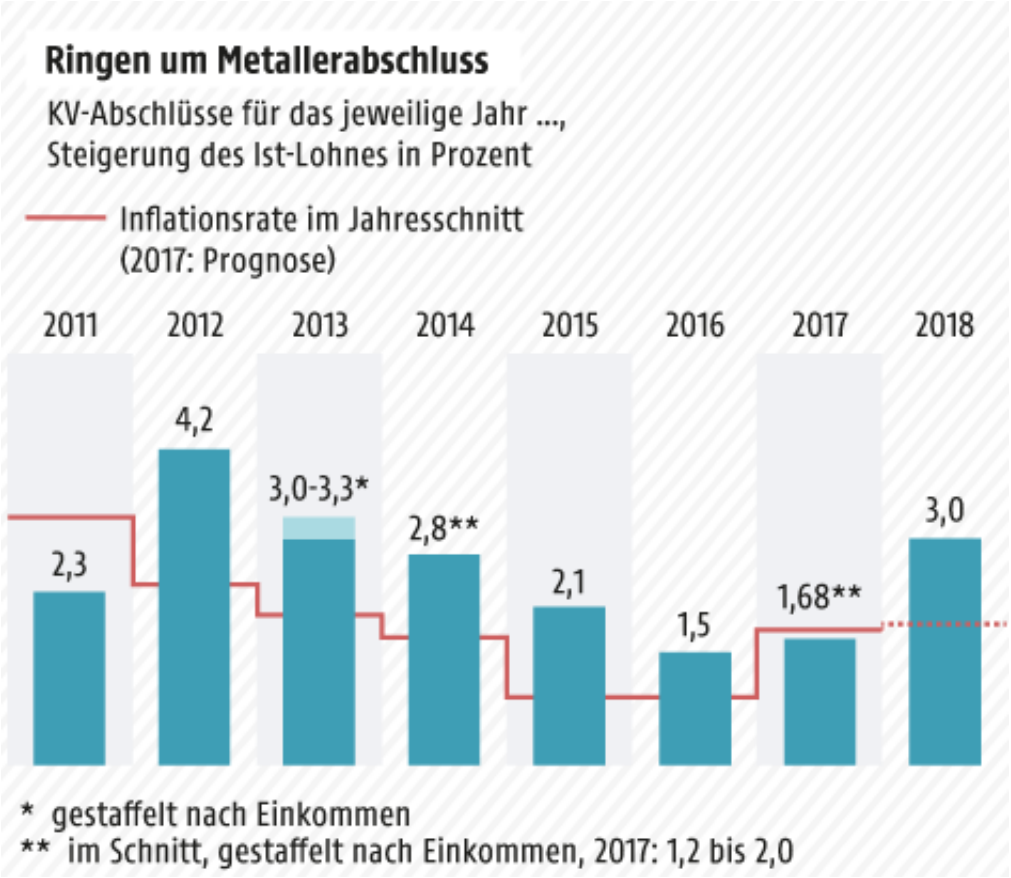
2017-11-10 06:18

# Einigung bei Metaller-KV: Plus 3 Prozent

## Ergebnis in sechster Verhandlungsrunde

Die 130.000 Beschäftigten der Metalltechnischen Industrie bekommen für die nächsten zwölf Monate drei Prozent mehr Lohn und Gehalt. Das ist das Ergebnis der sechsten Verhandlungsrunde, die Donnerstagabend zu Ende ging.

Neben der Steigerung der KV- und Ist-Löhne steigen auch die Auslandsdiäten um 1,9 Prozent, die Reisekostenvergütung wird schrittweise jedes Jahr um die KV-Erhöhung plus zusätzlich um drei Euro erhöht - bis das inländische Niveau erreicht ist. Bei den Karenzen werden für die Vorrückungen künftig bis zu 22 Monate je Kind angerechnet. Bisher waren es 16 Monate.




Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA/WIFO/Verhandler

Die Zulagen und Lehrlingsentschädigungen werden um drei Prozent erhöht, die Aufwandsentschädigungen um 1,9 Prozent. Im Gegenzug kommen die Arbeitnehmer den Arbeitgebern bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit entgegen, indem die Zeitkontovereinbarung um weitere zwei Jahre verlängert wird. Sie war bis heuer befristet. Der Mindestlohn liegt nun bei 1.838,58 Euro brutto. Die Regelung gilt rückwirkend mit 1. November.

## Stimmung bleibt angespannt

Trotz Einigung herrschte auch nach insgesamt mehr als 50 Verhandlungsstunden angespannte Stimmung zwischen den Sozialpartnern. Fachverbandsobmann Christian Knill beklagte den rauen Ton der Gewerkschaften: „Ich möchte fast sagen, das war eine Verhandlungsführung am Rande der Verzweiflung.“ Diese wiederum konterten: „Wie man in den Wald hineinruft, so kommt es zurück“, so GPA-Chefverhandler Karl Dürtscher. Ohne Einigung hätte ab Dienstag Streik gedroht.

Knill sprach nach der Einigung von einer „ordentlichen Lohnerhöhung“, die die Unternehmen rund 180 Mio. Euro kosten wird. Aufseiten der Industrie verbuchte er Verbesserungen bei der Arbeitszeitflexibilisierung.

## Arbeitnehmer wollten vier Prozent

Die Arbeitnehmer sind nach der ersten Verhandlungsrunde mit einer Forderung von vier Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung in die Gespräche gegangen, die Arbeitgeber boten ursprünglich 1,9 und zuletzt 2,5 Prozent. Im Vorfeld der sechsten und nunmehr letzten Runde zeigten sich beide Seiten bereits optimistisch, eine Einigung zu schaffen. „Wir haben den festen Willen, heute Nägel mit Köpfen zu machen“, so Pro-Ge-Verhandlungsführer Rainer Wimmer.

„Wir waren am Dienstag (fünfte Verhandlungsrunde, Anm.) schon sehr weit, und es lagen nur mehr wenige Zehntelprozent dazwischen“, sagte Christian Knill, Obmann des Fachverbandes der Metalltechnischen Industrie. Die Gespräche am Dienstag waren nach 17 Stunden abgebrochen worden. Die Gespräche am Donnerstag dauerten dann „nur“ sieben Stunden.

## Kampfmaßnahmen bereits genehmigt

Die Metallergewerkschaften hatten sich für Kampfmaßnahmen bereits die Zustimmung und Unterstützung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) geholt. Es gab einen einstimmigen Beschluss in einem außerordentlichen ÖGB-Vorstand, so ÖGB-Chef Erich Foglar am Dienstag.

Die Metalltechnische Industrie beschäftigt in ihren 1.200 Betrieben 130.000 Mitarbeiter. Die exportorientierte Branche besteht zu mehr als 85 Prozent aus Familienbetrieben und ist für ein Viertel aller österreichischen Exporte verantwortlich. Sie erwirtschaftete 2016 nach eigenen Angaben einen Produktionswert von 35,5 Mrd. Euro. Nun wird noch bei den vier anderen Fachverbänden der Metallindustrie weiter verhandelt, hier geht es um rund 55.000 Beschäftigte. Traditionell schließen sie wie die Kollegen der Metalltechnischen Industrie ab.

Read more … Einigung bei Metaller-KV: Plus 3 Prozent